



--- Geltungsbereich

M.1:10000



# Stadt Hildesheim

# 3. Änderung des Bebauungsplans HN 250 B.2 "Münchewiese/Bischofskamp"

Fachbereich  
Stadtplanung und Stadtentwicklung

04/05

## Rechtsgrundlagen

Für die 3. Änderung des Bebauungsplanes HN 250 B.2 „Münchewiese / Bischofskamp“ gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 27. August 1997, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien vom 24. Juni 2004
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993

### § 1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplans HN 250 B.2 erstreckt sich über das gesamte Gebiet dieses Bebauungsplans (siehe Übersichtsplan, Seite 1).

### § 2 Bestehende Festsetzungen

Alle Festsetzungen des Bebauungsplans HN 250 B.2 bleiben erhalten, soweit sie durch § 3 nicht berührt werden.

### § 3 Zulässigkeit von Handelsnutzungen

In den Industriegebieten, Gewerbegebieten und eingeschränkten Gewerbegebieten ist Einzelhandel nicht zulässig. Der Verkauf an Endverbraucher kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn er nach Art und Umfang in eindeutigem Zusammenhang mit der Produktion, der Ver- und Bearbeitung von Gütern einschließlich Reparatur- und Serviceleistungen der Betriebsstätte steht.  
(Ausschluss gem. § 1 Abs. 9 BauNVO)

### § 4 Maximale Höhe baulicher Anlagen

Die maximale Höhe baulicher Anlagen im Plangebiet beträgt 15 m über der Geländeoberfläche.  
(§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO)

<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom .....). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.</p> <p>Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.</p> <p>Hildesheim, den ..... Bereich Vermessung und Geodaten .....</p>	<p>Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den .....06.06.2005.....</p> <p>Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung .....gez. Kraaz.....</p>
<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verwaltungsausschuss der Stadt in seiner Sitzung am ..24.01.05. beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ..29.01.05. in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom ..... bis ..... Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.</p> <p>Hildesheim, den .....31.01.2005... Der Oberstadtdirektor Im Auftrage .....gez. Pülz.....</p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am ..30.05.2005.. zugestimmt und die öffentl. Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den .....01.06.2005.....</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage .....gez. Pülz.....</p>
<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom .....14.06.2005.... bis .....13.07.2005..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.</p> <p>Die Auslegung ist am .....04.06.2005..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den .....20.07.2005..... Der Oberstadtdirektor Im Auftrage .....gez. Pülz.....</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 4a Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom ..... bis ..... erneut zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.</p> <p>Die Auslegung ist am ..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den ..... Der Oberstadtdirektor Im Auftrage .....</p>
<p>Der Entwurf dieses Bebauungsplans wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB geändert. Den Betroffenen wurde in der Zeit vom ..... bis ..... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.</p> <p>Hildesheim, den ..... Der Oberstadtdirektor Im Auftrage .....</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom .....12.12.2005.... als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den .....19.12.2005.....</p> <p>.....gez. Dr. Kümme..... (L.S.) .....gez. Dr. Deufel..... Oberbürgermeister Oberstadtdirektor</p>
<p>Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am .....21.12.2005.... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am .....21.12.2005.... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den .....03.01.2006..... Der Oberstadtdirektor Im Auftrage .....gez. Pülz.....</p>	<p>Innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorganges im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den .....09.01.2008.....</p> <p>Der Oberstadtdirektor Im Auftrage .....gez. Warnecke.....</p>